

Hildesheimer Allgemeine Zeitung
-Sarstedt -
23.11.2013

Bergschäden legen Essener Bahnhof lahm

Essen (dpa). Der Bahnverkehr am Essener Hauptbahnhof bleibt wegen möglicher Bergschäden voraussichtlich noch mindestens eine Woche gestört. Das teilte die Deutsche Bahn am Freitag mit. In dieser Zeit plant die Bezirksregierung Arnsberg Probebohrungen unter dem Gleisbett, um nach Hohlräumen durch den Bergbau zu suchen. Damit dauern die seit Mittwochabend geltenden Einschränkungen an. Mehr als 1000 Züge hatten allein bis Freitagmorgen Verspätungen. Bis auf Weiteres fahren nur Regional- und S-Bahnen den Essener Hauptbahnhof an. IC- und ICE-Züge umfahren Essen, sie halten auch nicht in Bochum und Mülheim/Ruhr.

Kali: Naturschützer und Bauern zweifeln

BUND und Landwirtschaftskammer warnen vor Bodenverlust durch neue Abraumhalde

Giesen/Kreis Hildesheim (abu/r). Eine mögliche Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen ruft jetzt Naturschützer und Landwirte gemeinsam auf den Plan. In einer abgestimmten Pressemitteilung äußern sich der „Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland“ (BUND) sowie die Landwirtschaftskammer Niedersachsen besorgt über die Folgen.

„Das Abbauunternehmen erzielt damit voraussichtlich gute Gewinne, in der Region werden Arbeitsplätze geschaffen“, gestehen beide Verbände zu. Doch Landwirte und Naturschützer besorgt nach eigenen Angaben vor allem der Bodenverlust durch die neue Halde, die neben dem existierenden Kaliberg entstehen soll. Sie werde nicht viel niedriger, aber sehr viel

breiter sein als der bisherige „Kalimandscharo“, so dass bis zu 100 Hektar fruchtbarsten Ackerbodens unter den Abfällen der Kaliproduktion verschwinden könnten. „Dabei stellen gerade die tiefgründigen Lössböden nicht nur wirtschaftlich und kulturhistorisch, sondern auch ökologisch eine Stärke unserer Region dar“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Es gelte daher, das für alle wichtige Gut Boden als klaren Standortvorteil zu begreifen und zu schützen.

Die Landwirtschaftskammer befürchtet neben dem Verlust an Nutzfläche zusätzliche Härten für einzelne Landwirte in der Region. „Pächter könnten ohne jegliche Entschädigungen ihre Flächen verlieren, da nur die Eigentümer entschädigt

werden“, warnt Jens Basfeld von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Der Flächenverlust solle daher auf mehrere Schultern verteilt und der Grundbesitz neu geordnet werden.

Doch BUND und Landwirtschaftskammer werden angesichts des laufenden Genehmigungsverfahrens auch grundsätzlich: „An alle beteiligten Behörden und Institutionen muss die grundsätzliche Frage gestellt werden, ob ein derartiger Bodenverlust für die Kaliproduktion noch gewollt, zeitgemäß und zulässig sein kann.“ In Kanada etwa hat die Provinzregierung von New Brunswick angeordnet, dass das dortige Kalibergwerk ohne oberirdische Rückstände zu betreiben sei. Das kanadische Unternehmen Potash

Corp. bringe daher alle Rückstände wieder unter Tage. „Was dort möglich ist, muss doch auch bei uns machbar sein“, meint der BUND-Kreisvorsitzende Matthias Köhler. Derzeit habe die Ausbeutung der Bodenschätze und Ablagerung der dabei entstehenden Abfälle Vorrang vor dem Bodenschutz. Langfristig könne sich dies als falsche Priorität erweisen. „Landwirte könnten auf unseren kostbaren Böden noch tausende Jahre Nahrungsmittel produzieren. Die Ausbeutung der Bodenschätze ist nach 40 Jahren beendet. Danach bleibt für tausende Jahre eine potenziell gefährliche Halde, die den Menschen wie den Arten der Börde den Boden als Lebensgrundlage entzieht.“